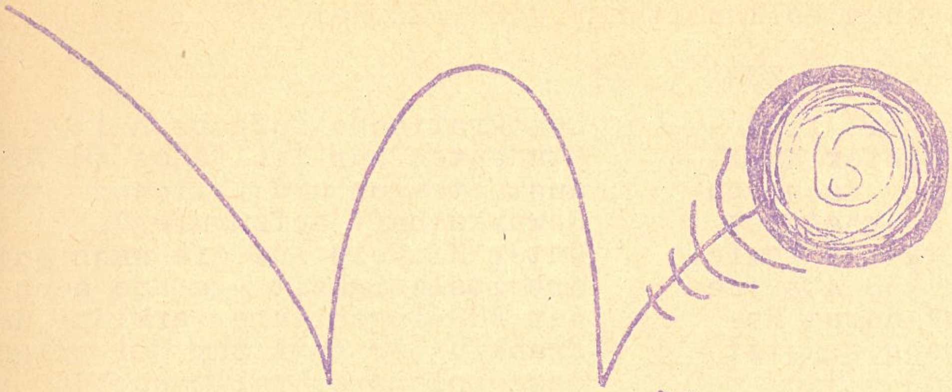


Der 1o springende Punkt

Herausgeber: AStA der MHL

INHALT:

Warum den " SPRINGENDEN PUNKT " ?

Flugblätter sind wichtig und richtig, sie erlauben es häufig aber nicht, mehrere Probleme und Fragen gleichzeitig darzustellen und zu diskutieren. Das wollen wir mit diesem Info ermöglichen.
Es ist wichtig, einzelne Probleme intensiv zu hinterfragen. Dann stellt man fest, daß hochschulpolitische Fragen auch immer gesellschaftspolitische sind. Darum treten wir auch konsequent für das Politische Mandat ein. Wir müssen z.B. unbedingt Stellung nehmen dürfen zu dem sog. Geldmangel der Öffentlichen Hand. Warum werden zuerst Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich vorgenommen, während der Rüstungshaushalt weiterhin aufgestockt werden soll? Dient der Stellungsstop für Lehrer und die Kürzungen von 18 MA-Stellen (bzw. 9 Assistentenstellen) an der MHL nicht der Verschlechterung der Ausbildung? Wie nötig aber eine gute Ausbildung ist, zeigt z.B. die Hilflosigkeit vieler Ärzte Patienten gegenüber, deren Krankheiten psychosoziale Ursachen haben. Das sind immerhin 60% aller beim Allgemeinarzt anfallenden Krankheitsfälle. Von den zu Hauf verschriebenen Psychopharmaka wird aber in erster Linie die Pharmaindustrie, nicht aber die Masse der Patienten gesund.

Politisches Mandat muß bedeuten: Zusammenhänge diskutieren, Ursachen suchen und beim Namen nennen, auch wenn dies einigen Leuten mißfällt. Wir müssen uns gemeinsam gegen Versuche wehren, die die Verfaßte Studentenschaft liquidieren wollen. Bayern sollte für uns eine Warnung sein. Aber Bayern ist sehr nah! Der Maulkorberlaß (Raumnutzungspläne) stammt aus dem Schleswig - Holsteinischen Kultusministerium!

Diese bedrohliche Lage sollte Euch zur Mitarbeit mit dem AStA anspornen, indem Ihr z.B. für den nächsten "SPRINGENDEN PUNKT" Beiträge liefert!

---

kommt zahlreich zur nächsten VV:
Podiumsdiskussion zur Problematik der AO
mit Professoren der MHL

Aus der "Deutschen Volkszeitung" v.21./22.Mai 1975

KROLLMANNS PRÄSENT ZUM 1.MAI

Mit Datum vom 30.April ließ der hess.Kultusminister Krollmann beim Rektor der Fachhochschule Frankfurt anfragen,ob er endlich den AStA zum Teufel gejagt und "gemäß §38 Abs.3des Hochschulgesetzes" durch Regierungsbeauftragung ersetzt habe.
Was hat den Sozialdemokraten im Regierungssessel bewogen, erstmalig zu dieser schärfsten Maßnahme,die Beseitigung der politischen Selbstvertretung derStudentenschaft,zu ergreifen? Der SPD-Minister wirft dem AStA der FHS die"Whrnehmung des politischen Mandats" vor.Der AStA hat den politischen Extremismus, wenn wir dem Sozialdemokraten Krollmann glauben dürfen, auf die Spitze getrieben;der AStA hat die Studenten aufgerufen, an der 1.Mai-Kundgebung des DGB teilzunehmen.Nicht genug damit: Der AStA hat sogar erklärt,daß er es "auch weiterhin für seine demokratische Aufgabe hält,die Studenten zur Teilnahme an Veranstaltungen und Aktionen der Gewerkschaft aufzurufen".
Unter Hinweis auf die wachsende Arbeitslosigkeit -gerade auch der FHS-Ingenieure- erklärt der Frankfurter AStA zum Mai-Erlaß des Ministers Krollmann:"daß das Kultusministerium nicht irgensein AStA-Flugblatt, sondern den Aufruf des AStA zur 1.Mai-Demonstartion des DGB zum Anlaß nimmt,seine schärfste Waffe anzuwenden,macht deutlich,was es am meisten fürchtet: daß Studenten gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung und ihren stärksten Organisationen,den Gewerkschaften für ihre Interessen eintreten."

ÜBRIGENS:

Ihr könnt legal fernsehen und Radio hören, ohne dafür Gebühren zu zahlen!
Studenten werden nämlich i.a. auf Antrag von RUNDFUNK- und FERNSEHGEBÜHREN freigestellt!

Näheres im AStA oder Sozialamt.

Sucht Ihr 'ne Wohnung, wollt Ihr ein Auto verkaufen?....!
KLEINANZEIGEN werden kostenlos im Info abgedruckt!

ZUR PROBLEMATIK DER A O

Obwohl die multiple-choice-Klausuren bereits zweimal durchgeführt worden sind, ist das Problembewußtsein über Formen, Inhalte und Konsequenzen dieses Prüfungsinstrumentariums unter den meisten Studenten relativ unterentwickelt. Dieser Artikel versucht, mehr Informationen zu liefern und die Diskussion über die AO in Gang zu bringen.

Die Problematik der AO kann nur im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Bildungsgesamtplans, dem nc-Staatsvertrag, dem Hochschulrahmengesetz (HRG) und nicht zuletzt mit der Einführung von Kurzstudiengängen wie dem des Diplom-Mediziners betrachtet werden.

Die durchgeführten "Reformmaßnahmen" beanspruchen für sich, zur Weiterentwicklung der medizinischen Wissenschaft beizutragen und eine verbesserte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung voranzutreiben. Diesem Anspruch konnte die AO nur genüge tun, indem sie ein Instrumentarium schaffte, das ihr zur Wirksamkeit verhelfen sollte. Diesen Hebel stellt vor allem das ausgeklügelte Prüfungssystem dar:

1. Die Zahl der Prüfungen erhöht sich durch die Dreiteilung des Staatsexamens (bei Wegfall des Vorphysikums) als auch die Zahl der geprüften Fächer.
2. Das Prüfungsverfahren ändert sich (schriftlich, mc).
3. Die Autonomie der Hochschule wird durch die Vorgabe von Lehrinhalten und -zielen beseitigt.
4. Jegliche Form der Mitbestimmung wird beim ZIMPF ausgeschaltet.

Weiterhin dient das Prüfungssystem offensichtlich nicht dazu, eine gerechte und objektive Erfolgskontrolle zu gewährleisten, sondern durch Steigerung des Drucks auf den Studenten soll eine Effektivierung des Studiums erreicht werden. Diese These ist konkret belegbar. So befindet sich in den Tabellen zum Bildungsgesamtplan eine Statistik über die "erwarteten mittleren Erfolgsquoten" (die mittlere EQ gibt an, wieviel % der Studienanfänger ihr Studium erfolgreich beenden)

St. Beginn	1970	1975	1980	1985
6-Jährige	80	95	90	80
3-Jährige (Dipl. Med.)	--	90	90	90

Was hier in trockenen Zahlen ausgedrückt ist, läßt sich in Worten so darstellen:
Offensichtlich will man die gerechtfertigte Kritik an der AO damit abwiegeln, daß man den Studenten, die bis 1975 ihr Studium beginnen, eine sehr hohe Erfolgsquote in Aussicht stellt. Aus den o.g. Zahlen ist aber ersichtlich, daß die Verschärfung schon vorprogrammiert ist. Von 1985 an wird durch Kurzstudiengänge und drastisch verschärfte mc-Prüfungen die Erfolgs-

quote um 15% gesenkt werden wird.

Eine recht gute Zusammenfassung der Auswirkungen des mc-Systems gab der "Arbeitskreis Medizinische Psychologie am Max-Planck-Institut für Psychiatrie" in München:

1. Prüfungen sind zu einem Selektionsinstrument geworden, sie lassen jede didaktische Funktion vermissen. Die Fähigkeit Angst und Zeitdruck zu ertragen, wird zu einem entscheidenden Auslesekriterium.....
2. Gefördert wird ein enzyklopädisches, additives, sog. Faktenwissen, das im Zuge der herrschenden Explosion von Wissen, das mit zunehmender Halbwertszeit veraltet, immer sinnloser wird.
3. Gefördert wird ein kompetitiver statt kooperativer Arbeitsstil (18% Klausel), der von sachfremder, extrinsischer Motivation geprägt ist.
4. Gefördert wird ein reproduktives konvergentes Denken. Alle mc-Fragen sind sog. geschlossene Fragen mit nur einer richtigen Antwort, von der durch sog. Distraktoren bei vorgegebenen Antworten abgelenkt werden soll. Dies ist eine völlig widersinnige Abbildung der praktischen Anforderungen in der Medizin, wo produktive und kreative Lösungsstrategien und ein divergentes Problemdenken bei einem offenen Fächer von Möglichkeiten verlangt wird. Ein derartiger Prüfungsritus wird nur eine Scheinbewältigung praktischer Fragen erlauben. Wissen sollte nicht getrennt von seiner Anwendung und Verwertung gelernt werden, denn nur in dieser Verbindung ergeben sich die Möglichkeiten einer sinnvollen Kritik. Auf diese Weise würde mit einer praxisnahen auch eine wissenschaftliche Haltung gefördert werden.

Die Fortschritte, die die AO bringt sind mager; zu mager, als daß man es dabei belassen könnte. Sie sind im wesentlichen partielle Erfüllungen studentischer Forderungen aus den 60-er Jahren, nämlich die Berücksichtigung psychosozialer Fachgebiete, objektivere Prüfungen (aus der Erfahrung heraus, daß so manches Prüfungsergebnis Produkt der Laune und der Sym- bzw. Antipathie des Prüfers war), verstärkt praktischen Bezug der Lehre und Umstellung auf Kleingruppenunterricht.
Diese potentiell fortschrittlichen Inhalte der AO scheitern aber im allgemeinen an der Knausrigkeit der Landesregierungen, denn "Investitionen im sozialen oder Bildungssektor stellen "tote" Kosten dar", d.h. Kosten, die nicht unmittelbar gewinnbringend eingesetzt werden können. Die konstante Verzögerung des Transitoriums der MHL ist ein deutliches Beispiel hierfür.

Fachbezogene Ergebnisse der Ärztlichen Vorprüfung (Bundesdurchschn

FACH	August 1974 a. FRAGENZAHL	August 1974 b. GESAMT-DURCHSCHNITT	August 1974 c. IN%	März 1975 a.	März 1975 b.	März 1975 c.
Physik	25	15,02	60,1	30	17,5	58,4
Physiologie	55	36,43	66,2	50	31,3	62,5
Chemie	30	22,33	74,4	25	17,9	71,8
Biochemie	50	35,43	70,9	55	40,9	74,4
Biologie	15	11,85	79,0	15	11,8	78,3
Anatomie	65	39,59	60,9	65	36,1	55,6
Med.Psych.	40	31,16	77,9	45	33,1	73,6
Med.Soz.	20	15,28	76,4	15	11,3	75,3

Fachbezogene Ergebnisse des 1.Abschnittes der Ärztlichen Prüfung (Bundesdurchschnitt)

FACH	August 1974 a.	August 1974 b.	August 1974 c.	März 1975 a.	März 1975 b.	März 1975 c.
Gesch.d.Med.	4	2,76	69,0	3	1,4	47.0
Pathologie	40	30,43	76,1	42	30,4	72,4
Pathophysiol.	25	19,05	76,2	20	14,1	70,3
Humangenetik	10	6,37	63,7	10	6,4	63,9
Mikrobiologie	35	26,05	74,4	37	27,6	74,5
Biomathematik	6	3,00	50,0	8	4,5	55,9
Anamnese	35	22,58	64,5	35	25,5	72,7
Klin.Chemie	20	13,94	69,7	18	11,4	63,6
Radiologie	15	10,64	70,9	17	11,3	66,2
Pharmakologie	40	31,42	78,6	40	30,1	75,2
Lebensbedr.Zust.	10	7,30	73,0	10	7,1	70,9

Wer an einem ARBEITSKREIS zur AO interessiert ist, melde sich bitte im AStA

Gesamtergebnisse der Ärztlichen Vorprüfung (AO)

	August '74		März '75	
Teilnehmerzahl	2044	in%	2916	in%
Bestanden	1917	93,8	2626	90,05
Nicht bestanden	127	6,2	290	9,95
Durchschnittliche Prüfungsleistung	207,09	69,0	199,93	66,64

Gesamtergebnisse des 1. Abschnittes der Ärztlichen Prüfung

	August '74		März '75	
Teilnehmerzahl	869	in%	2230	in%
Bestanden	853	98,2	2174	97,49
Nicht bestanden	16	1,8	56	2,51
Durchschnittliche Prüfungsleistung	173,54	72,3	169,66	70,69

Für alle, die sich näher für die Problematik der AO interessieren:
Die vom Fachschaftsrat Hamburg erstellte
"KOMMENTIERTE AO"
ist weiterhin im AStA erhältlich

Ausspruch eines Gynäkologen auf der Äärzteversammlung in West-Berlin am 19.3.75 über den Abbruch einer Schwangerschaft durch einen Arzt:

"Erstens ist es widerlich, zweitens ist es ein uninteressanter Eingriff und drittens ist er mit 35.-DM unterbezahlt!"

Im Laufe der Befragung des Arztes ließ dieser die Katze aus dem Sack: Viele Ärzte würdem sich einem legalen Schwangerschaftsabbruch zustimmender verhalten, wenn sie die Krankenkasse mit mehr Geld entlohnen würde!

Einige Bemerkungen zum ARBEITSKREIS ENTWICKLUNGSHILFE

Die politische Diskussion und außerfachliche Aktivitäten aufgrund weitergehenden Interesses als nur auf die Medizin bezogener Bedürfnisse liegen an der MHL nur gering über der Nullmarke. Da aber doch bei einzelnen Wünsche nach derartiger Betätigung vorhanden schienen und wir auch eine solche Arbeit für notwenidig hielten, regten wir zu Beginn des WS 74/75 von Seiten des AStA an, verschiedene Arbeitskreise einzurichten. Ihr werdet Euch erinnern, daß sich schließlich 4 Gruppen mit den Themenkreisen: "Vergleich der Gesundheitssysteme", "Pharmaindustrie", "§218" und "Medizinische Entwicklungshilfe" bildeten. Zur Arbeit des letzgenannten möchte ich ein paar Informationen geben.

Nebenbei bemerkt: Ich hatte sämtliche Med. Fachschaften im Bundesgebiet angeschrieben und kurz die Situation der MHL geschildert sowie die Arbeitskreise angesprochen und nach Interesse für Gedankenaustausch gefragt-die Reaktion war dürftig- es antwortete eine Fachschaft.

Aus der anfänglich recht hohen Interessentenzahl von etwa 15 Personen ergab sich nach einigen Wochen ein konstanter Kreis von ca. 8 Teilnehmern, die über das bloße Informiertwerden hinaus selbst zum Gelingen des Kreises beitragen wollten.

Erwähnen möchte ich auch, daß sich einige Studenten der FHS interessiert an unserem Thema zeigten und dazu beitrugen, daß gerade in den Diskussionen für uns MHLer außerfachliche Aspekte breiter angesprochen werden konnten. Da alle Gruppenmitglieder keine spezifischen Kenntnissesbezüglich der AK-Leitung und Durchführung zum gestellten Thema hatten, waren alle gleichermaßen gefordert, geeignete Literatur zusammenzustellen und einen Einstieg in das Gebiet nehemen. Es wurde uns schnell klar, daß die "Med. Entwicklungshilfe" als Teil der "Entwicklungshilfe" zu ihrer Diskussion eine nähere Analyse und Kritik der "Entwicklungshilfe allgemein" voraussetzte.

Unser Arbeitsprogamm für's WS sah vor, pro Treff ein Referat vorzutragen mit sich anschliessender Erörterung. Da mehrere unserer Arbeitskreismitglieder bereits Entwicklungshilfeerfahrungen besaßen, waren wir in der glücklichen Lage, umschichti Erfahrungsberichte und theore-

tische Referate zu bringen.

Obwohl in der politischen Grundeinstellung sehr unterschiedlich, ergab sich im Laufe unserer Arbeit doch ein erstaunlich einheitliches Bild der Lageeinschätzung in der Entwicklungshilfepolitik. Ernüchternd wirkte auf uns die Erkenntnis, daß bis auf ausgesprochen wenige Ausnahmen die sog. "Entwicklungshilfe" von Seiten der Industriestaaten einzig und allein unter dem Gesichtspunkt politisch-ökonomischer Interessenlage erfolgt. Nur ein Beispiel: (zitiert nach OECD/Weltbankbericht 1969) : Allein die Zinstilgungszahlungen an die Industriestaaten betrugen 55,4% der pro Jahr geleisteten Entwicklungshilfegelder und -Kredite. Nach einem anderen Bericht (P. Jalée 1969) eine ähnliche Relation: Zahlung der Industriestaaten 8,5 Mrd. Dollar, Rückzahlungen von Seiten der 3. und 4. Weltstaaten knapp 12 Mrd. Dollar. Wer profitiert da von wem?!

Es schien uns wichtig, die Ergebnisse unserer Gespräche in knapper Form festzuhalten um Interessenten mit ähnlichen Anfangsschwierigkeiten wie den unseren evtl. einen leichteren Einstieg in dieses Thema zu ermöglichen. Ich hoffe, dieses Papier in Kürze fertiggestellt zu haben.

Wir haben vorgesehen, in absehbarer Zeit mit anderen Arbeitsgruppen nicht nur studentischer Art zu diesem Thema in engeren Kontakt zu treten, um gemeinsame Arbeiten in Angriff zu nehmen. Unsere wichtigste Aufgabe kann hier nur sein, das Bewußtsein der Bevölkerung diesbezüglich zu fördern.

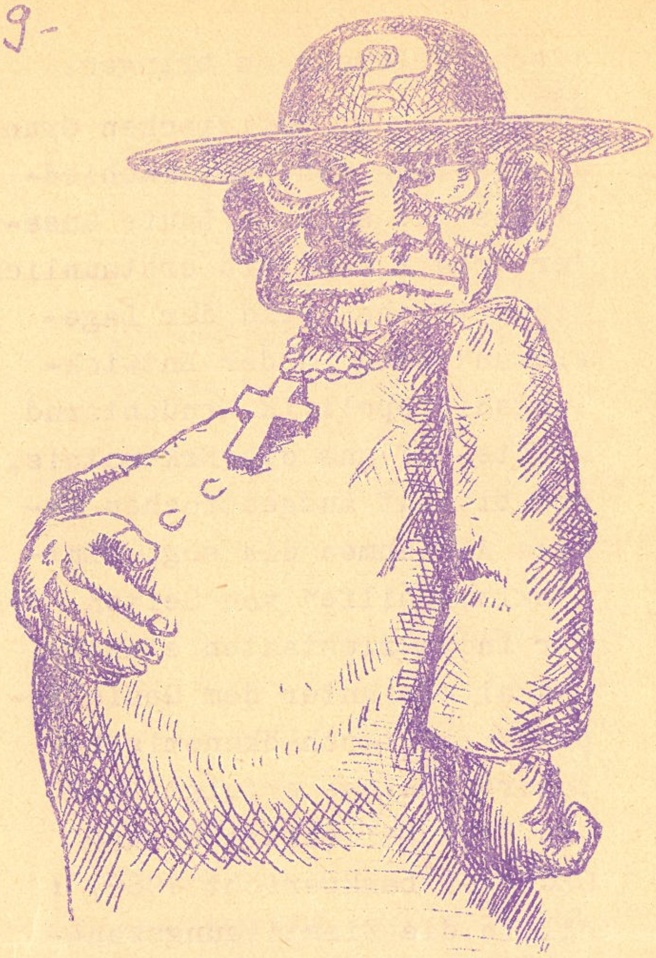
Der medizinische Teilaspekt der Entwicklungshilfe ist sehr wichtig, aber es besteht die Gefahr -dies wurde uns im Laufe der Diskussion sehr deutlich-, daß er häufig nur als aktuelle Katastrophenhilfe in Erscheinung tritt, also kurzfristig angelegt ist. Un d selbst langfristige Planungen (z.B. Seuchenbekämpfung) erliegen häufig der Gefahr, der Hauptforderung an die Entwicklungshilfe - nämlich "Hilfe zur Selbsthilfe" zu sein- nicht gerecht zu werden.

- Übrigens:

Interessenten sind nach wie vor herzlich eingeladen !!

RESOLUTION

Verabschiedet auf der Fachkonferenz Medizin in Marburg (10./11.Mai '75) auf Antrag der MHL (AStA)



Die Fachkonferenz Medizin des VdS protestiert gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum §218.Mit ihrer Entscheidung gegen die Fristenlösung stellten sich die Bundesrichter gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bundesbürger und verstoßen damit abermals gegen Grundforderungen der Arbeiterbewegung.Hiermit wird die unheilvolle Praxis der illegalen Abtreibungen festgeschrieben;für viele Frauen bleibt weiterhin als einziger Ausweg bei ungewollter Schwangerschaft der Gang zum Kurpfuscher.

Die Fachkonferenz Medizin fordert die Bundesregierung auf,bei der Schaffung der jetzt vorhandenen Indikationslösung psychische und soziale Indikationen weitmöglichst anzuerkennen,um wenigstens einen kleinen Teil der so lange erkämpften Reform zu verwirklichen

Die Fachkonferenz Medizin fordert die verschiedenen Fachschaften auf, Organisationen und Frauengruppen zu unterstützen,die den Kampf gegen den § 218 führen.Jede Fachschaft sollte in ihrem regionalen Bereich die Bereitstellung von effektiven Beratungs- und Gutachterstellen fordern. Sie sollten außerdem versuchen, Kontakt zu diesen Gutachterstellen aufzunehmen und dort,wenn möglich,versuchen, Einfluß zu nehmen.

HERR DOKTOR...

Herr Doktor, die Periode...
Na, freuh Sie sich doch man
Daß die Bevölkerungsquote
Mal'n bißchen wachsen kann.
Herr Doktor, ohne Wohnung...
Na, 'n Bett wern Sie wohl noch ham
Da gönn'n Sie sich'n bißchen Schonung
Und halten sich!n bißchen stramm.
Da sind Sie mal 'ne nette kleine Mutter
Und schaffen mal'n Stück Kanonenfutter
Dazu ham Sie'n Bauch, und das müssen Sie auch
Und das wissen Sie auch
Und jetzt keinen Stuß
Und jetzt werden Sie Mutter und Schluß.

Herr Doktor, 'n Arbeitsloser
Daß der nicht'n Kind haben kann ....
Na, Frauchen, so was is'n bloßer
Antrieb für Ihren Mann.
Herr Doktor, bitte,... Frau Renner
Da kann ich Sie nicht verstehn
Sehn Sie, Frauchen, der Staat braucht Männer
Die an der Maschine stehn.
Da sind Sie mal'n nette kleine Mutter
Und schaffen noch'n Stück Maschinenfutter
Dazu ham Sie'n Bauch, und das müssen Sie auch
Und das wissen Sie auch
Und jetzt keinen Stuß
Und jetzt werden Sie Mutter und Schluß.

Herr Doktor, wo soll ich denn liegen...
Frau Renner, quasseln Sie nicht
Erst wollen Sie das Vergnügen
Und dann wollen Sie nicht Ihre Pflicht
Und wenn wir mal was verbieten
Dann wissen wir schon, was wir tun
Und drum sei'n Sie mal ganz zufrieden
Und lassen Sie das mal unsere Sache sein, ja? und nun
Seien Sie mal 'ne nette kleine Mutter
Und schaffen mal'n Stück Kanonenfutter
Dazu ham Sie'n Bauch, und das müssen Sie auch
Und das wissen Sie auch
Und jetzt keinen Stuß
Und jetzt werden Sie Mutter und Schluß.

BERTOLT BRECHT

Aufruf zum STERNMARSCH am 11.6.75 in DORTMUND
(Dieser Aufruf wird von mehr als 6o ASten unterstützt)

Praktika und Kurse mit über 2oo Studenten sind an vielen unserer Fachbereiche keine Seltenheit. Eine gründliche Ausbildung in der Klinik scheitert nicht zuletzt an der völligen Überlastung der Ärzte, die kaum in der Lage sind, einen sinnvollen Kleingruppenunterricht anzubieten.

Das Medizinstudium ist bei gleichzeitiger Erhöhung der Stoffülle gekürzt worden, die Zahl der Prüfungen während des Studiums nehmen zu. Ohne daß ein Pfennig mehr ausgegeben wird, sollen zu Lasten der Ausbildungsqualität möglichst viele Studenten durchs Studium geschleust werden.

Der verfassungswidrige NC wird verwaltet statt abgeschafft, obwohl der Bedarf an Ärzten durch die jetzige Ausbildungskapazität nicht abgedeckt wird. Man denke dabei nur an die fehlenden Werksärzte. Vielen kindern aus Arbeiterfamilien und anderen sozial unterprivilegierten Schichten wird durch die lange Wartezeit die Aufnahme des Medizinstudiums erschwert bzw. unmöglich gemacht.

Der Personal- und Ausbaustop wird auch an unseren Fachbereichen auf Kosten der Gesundheitsversorgung und Ausbildung durchgesetzt.

Das Geld zur Bestreitung des Lebensunterhaltes wird immer weniger. Steigende Mieten, Mensapreise und kommunale Gebühren machen die Erhöhung des BAFöG immer dringlicher. Vielen ist das BAFöG durch die Neuberechnungen erheblich gekürzt worden. Wird die Neuregelung der SKV im Sinne der Koalitionsparteien durchgesetzt, stehen Semesterbeiträge bis zu 18o DM ins Haus, die zu Beginn jeden Semesters im voraus zu zahlen sind.



Die Unterfinanzierung des Medizinstudiums geht einher mit einer steigenden Kostenabwälzung im Gesundheitswesen zu Lasten der Bevölkerung, die für die Profite der Pharmaindustrie und anderer medizinischer Ausstattungsbetriebe zu zahlen haben.

Vom Raummangel bis zu Lehrinhalten, die einzig zur Reparatur der Arbeitskraft "qualifizieren" VOM Prüfungsdruck hin bis zur Mitbestimmung geht es letztlich immer um dieselbe Schlüsselfrage: Mehr Geld für die Bildung, mehr demokratische Rechte, um eine Ausbildung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen zu können.

Wir wollen uns mit diesem Zustand nicht abfinden. Geld ist genug da! So bei den Rüstungsausgaben, bei den Konzernprofiten und nicht zuletzt bei den 2 Milliarden, die jährlich in irgendwelchen Steueroasen verschwinden.

Wir wissen, daß unsere Forderung "Mehr Geld für die Bildung" nicht auf einen Schlag durchzusetzen sind, dies erfordert eine weitergehende gesamtgesellschaftliche Veränderung zugunsten der arbeitenden und lernenden Bevölkerung. Diese Entwicklung wird sich jedoch nicht im Selbstlauf vollziehen, sondern erfordert den kontinuierlichen Kampf um die eigenen Interessen an der Seite der arbeitenden Bevölkerung.

Ein wichtiger Schritt zur Verbreiterung der Front gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf breite Teile der Bevölkerung zur Durchstzung unserer Forderungen ist der Sternmarsch am 11.6.75 In Dortmund, in der Stadt wo 30.000 Arbeiterjugendliche für mehr und bessere Ausbildungsplätze demonstrierten. An allen Orten führen wir Kämpfe für bessere Studien- und Lebensbedingungen. Diese dezentralen Aktionen müssen durch die einheitliche Kraft der Studentenbewegung unterstützt werden, wie



jetzt durch den Sternmarsch. Der Sternmarsch kann und wird nicht alle Probleme lösen, aber er kann die Kampfbedingungen auch an unseren Fachbereichen verbessern.

Unsere wichtigsten FORDERUNGEN sind:

- Der Kampf für 600/1200 DM BAFöG
- Die Abwehr sozialer Verschlechterungen
- Die Durchsetzung demokratischer Ausbildungsziele, materiell abgesicherter Ausbildung -- für mehr und bessererStudienplätze
- Die Verteidigung und Erweiterung der im GG garantierten Rechte und Freiheiten, insbesondere der Kampf gegen Berufsverbote und politische Knebelung der verfaßten Studentenschaft.

PERSONALDATEN DES VERFASSUNGSSCHUTZES!!!

Der Verfassungsschutz hat nach Informationen des Berliner Extradienstes in der Zwischenzeit einen Benotungsbogen für Bewerber des Öffentlichen Dienstes entwickelt. "Personaldatei" nennt sich das Denunziationsdossier auf gut-bürokratisch, und deutsch-gründlich wie eine Lebensmittelkarte ist es auch. Es hat nur einen Mangel: rechtsstaatlichen Prinzipien entspricht es nicht.
Wir schildern im folgenden das Punktesystem:

1. Teilnahme an einer Demonstration = 3 Minuspunkte

2. Flugblatt
   a. verfaßt 5 Minuspunkte
   b. verteilt 5 Minuspunkte

3. Parteinahme (?) oder Sympathie (?) mit der "Neuen Linken" (?) 8 Minuspunkte

4. Mitgliedschaft im SHB pro Jahr 10 Minuspunkte

5. Eine Strafanzeige (nicht etwa ein rechtskräftiges Urteil!) 15 Minuspunkte

6. Mitgliedschaft in Organisationen, die vom Verfassungsschutz als feindlich eingeschätzt werden, insbesondere MSB, SHB, KBW, KSV, DKP und KPD pro Jahr 45 Minuspunkte

7. Sonstiges (Wohngemeinschaft, Umgang, Roth-Händle-Raucher, etc.) 1 Minuspunkt

Die Ablehnung von Bewerbern für den Öffentlichen Dienst soll bei 44 Minuspunkten, das sind $14\frac{1}{3}$ Demonstrationen gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote, erfolgen!

Bericht aus der Studienplankommission v. 30.1.75

Auf der letzten Sitzung der Kommission wurde[1] die Gestaltung des Internatsjahres diskutiert und einige wichtige Beschlüsse gefaßt.
Es wurde festgestellt, daß sich die Tätigkeit im Internatsjahr grundsätzlich von der in der Medizinalassistentenzeit unterscheiden muß.
Der Student muß am Ende des Internatsjahres das abschliessende Staatsexamen absolvieren. Er benötigt daher wesentliche Zeit zum Selbststudium.

- Die Tätigkeit im Internatsjahr soll 4mal5 Stunden pro Woche praktisch-klinischer Art sein. 6 Std pro Woche, und zwar mittwochs von 8-12h und von 15-17h, sollen alle Internatsstudenten gemeinsam in Vorlesungsform theoretisch weitergebildet werden.

Hierbei ist die Frage der Urlaubszeiten zu berücksichtigen. Es wird zunächst davon ausgegangen, daß die Vorlesungsveranstaltungen - jeweils mittwochs - 46 Wochen im Jahr abgehalten werden, somit hierfür 276 h insgesamt zur Verfügung stehen.

[1] auf Antrag der studentischen Vertreter

Es wird eine vordringliche Aufgabe der neuzubildenden Zentralen Studienkommission sein, den zur Verfügung stehenden Zeitrahmen für die theoretischen Lehrveranstaltungen des Internatsjahres abzustimmen und festzusetzen. Auch inhaltlich müssen Richtlinien sowohl für den theoretischen als auch für den praktisch-klinischen Teil des Internatsjahres festgelegt werden.
Die Rechtsstellung und die Frage der sozialen Sicherheit der Internatsstudenten wurden besonders eingehend erörtert.

- Die Mitglieder der Kommission empfehlen entgegen der bisherigen Auskunft des Kultusministers, mit den Internatsstudenten Ausbildungsverträge abzuschließen. Diese sollten analog den für Referendare geltenden Verträgen[2] gestaltet sein. Die vertraglose Beschäftigung von Internatsstudenten stößt auf erhebliche Bedenken aus Gründen der Aufgabenzuweisung, aber auch aus Gründen der sozialen Sicherheit.

Der Senat der MHL hat sich dieser Forderung der Unterrichtskommission angeschlossen.

[2] (liegen im AStA zur Einsicht aus)

Der neue Dachverband steht !!!

Vom 8.-11.Mai wurden in Gießen die "Vereinigten Deutschen Studentenschaften" (VDS) gegründet. Dieser Verbünd ist hervorgegangen aus dem Zusammenschluß des Verbandes Deutscher Studentenschaften und dem Studentenverband der Ingenieur- und Fachhochschulen (SVI). Der neue Verband repräsentiert 800000 Studenten (161 ASten) und schafft so die Voraussetzung, die studentischen Interessen noch schlagkräftiger als bisher zu vertreten.

Die gewerkschaftlich organisierten Studentenorganisationen waren der Auffassung: Angesichts der sozialen Misere, dem Ausbildungsnotstand, der Berufsverbote und der Versuche, die verfaßte Studentenschaft zu liquidieren, brauchen die Studenten der Bundesrepublik einen starken Dachverband, der gleichsam nach dem Prinzip einer Einheitsgewerkschaft organisiert ist. Ein solcher Einheitsverband allein ist in der Lage, wirksame Massenaktionen der Studenten zur Durchsetzung ihrer Interessen anzuleiten und das Bündnis von Hochschülern und arbeitender Bevölkerung weiterzuentwikkeln.

Bei der Lesung der Satzung kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen MSB-Spartakus und SHB einerseits und Juso-Hochschulgruppen, RCDS und maoistischen Hochschulgruppen andererseits. MSB und SHB schlugen vor, Satzung und Vorstand mit einer 2/3 Mehrheit zu wählen, damit für alle zukünftigen Entscheidungen im Vorstand und Zentralrat des Dachverbandes eine breite, tragfähige Mehrheit gewährleistet ist. Diese Satzungsvorschläge fanden aber keine Mehrheit. Satzung und Vorstand werden jetzt mit einfacher Mehrheit gewählt. Daraufhin wurden je ein Vertreter des MSB, SHB, LHV, Juso-Hochschulgruppen und maoistischen Fraktion der Basisgruppen in den Vorstand gewählt.

Die im Programm der VDS enthaltenen wenigen fortschrittlichen Inhalte -Erhöhung des BAFöG, Unterstützung der Forderungen der Gewerkschaftsjugend mußten nachträglich unter dem Druck der gewerkschaftlich orientierten (GO-)ASten aufgenommen werden.

Die neue Satzung der VDS kann im AStA eingesehen werden!

SVI
56 Wuppertal 2
Friedrich-Engels-Allee 164a · Telefon (0212) 83 30 40
Bankverbindung: Dresdner Bank Wuppertal 2, 5761487

VDS
Verband
Deutscher Studentenschaften
5300 Bonn
Postfach
Kaiserstraße 71
Telefon (02221) 63 18 28 – 28

ANTRAG Nr. 409

Antragsteller: AStA Uni Stuttgart

Protestresolution zu den Vorfällen in der Lübecker Bucht
(Titel)

eit 1/4 Jahr besteht an der PH Lübeck ein fortschrittlicher AStA .
ie fortschrittlichen Studenten entlarvten die spalterische Politkik
es alten MSB-AStA,dessen reaktionäre Politik im Sold der sowjetischen
ozialimperialisten ihrem Interesse,dem Volke zu dienen,nicht dient.
ie Studenten merktemn,daß ihre Perspektive nur an der Seite der
rbeiterklasse und ihrer Partei ist und sie wählten Genossen des
SV in ihren AStA.
it einigen Wochen nun schlägt der sowjetische Sozialimperialismus
rück,um die Zurückeroberung der Machtposition des reaktionären
B Spakrtakus in den AStA herzustellen.In der Lübecker Bucht treibt
ein Kriegsschiff der ehemalig sozialistischen SU ihr Unwesen!
Kommilitonen,könnt ihr euch vorstellen,daß die Lübecker AStA-Genossen
es KSV jeden Morgen,wenn sie die Rote Famhne über ihrer PH hissen,
in die Rohre eines sozialimperialistischen Kriegsschiffes blicken
müssen.
Obwohl sich der AStA uni Stgt nicht an der Wanterkant befindet,so
solidarisieren wir uns mit dem Protest der fortschrittlichen
Studentenmassen an der PH Lübeck und fordern mit ihnen :

- Sozialimperialisten raus aus der Lübecker Bucht !
- Für die Bewaffnung der Studenten durch das Volk !
- Für das Bündnis der fortschrittlichen Studenten und den Fischern im Kampf für den Sozialismus !

Abstimmungsergebnis: